

Stettiner Zeitung.



Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 8. März 1882.

Nr. 113.

Deutschland.

Berlin, 7. März. Die Grundzüge für die gesetzliche Regelung der Krankenversicherung der Arbeiter (Hilfskassen-Gesetz) sind nach dem Entwurf, wie er jetzt dem Reichswirtschaftsrath vorliegt, folgende:

I. Versicherungszwang. A. Statt des bisher zulässigen, auf Titel VIII. der Gewerbe-Ordnung beruhenden mittelbaren, durch Ortsstatut oder Beschluß eines weiteren Kommunalverbandes bedingten Zwanges zur Bildung von Krankenkassen für gewerbliche und Fabrikarbeiter beziehungsweise zum Beitritt zu diesen Kassen wird ein unbedingter gesetzlicher Zwang zur Krankenversicherung eingeführt und zwar für folgende Arbeiter: 1. Für alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungs-Anstalten, Läden und Gruben, auf Werften, in Fabriken und Hüttenwerken, beim Eisenbahn- und Binnen-Dampfschiffsbetrieb, sowie bei Bauten beschäftigten Arbeiter; 2. für alle nicht unter Nr. 1 fallenden, gegen Lohn beschäftigten Handwerker, Gesellen und Lehrlinge; 3. für alle in anderen stehenden Gewerbebetrieben gegen Lohn und nicht lediglich mit einzelnen vorübergehenden Dienstleistungen beschäftigten Gehülfen und Arbeiter, soweit sie nicht unter B. 1 bis 4 fallen.

B. Durch Ortsstatut oder, soweit auf diese Weise einem hervortretenden Bedürfnisse nicht abgeholfen wird, durch Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde kann der Zwang zur Krankenversicherung begünstigt werden: 1. Für Handlungsgehilfen und Lehrlinge; 2. für die in Transportgewerben beschäftigten Arbeiter, welche nicht unter A. 1 fallen; 3. für die von Gewerbebetriebern außerhalb der Betriebsstätten beschäftigten Personen; 4. für Haus- und Feldarbeiter, die in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbebetrieber mit Verfertigung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind. (Haus-Industrie.)

II. Formen der Krankenversicherung. Die Versicherung kann erfolgen: A. durch die Gemeinde-Krankenkassen; B. durch Orts-Krankenkassen, die von den Gemeinden für sämtliche innerhalb des Gemeindebezirks in einem oder mehreren Gewerben beschäftigten Arbeiter zu errichten sind; C. durch Innungs-Krankenkassen; D. durch Fabrik-Krankenkassen; E. durch eingeschriebene Hilfskassen. Der Gemeinde-Krankenversicherung unterliegen alle diejenigen Versicherungspflichtigen, welche nicht den unter B bis D bezeichneten Kassen als Mitglieder angehören.

Titel III handelt von dem Gegenstand der Versicherung und Versicherungsbeiträge. Als Krankenunterstützung ist für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit bis zur Dauer von 13 Wochen zu gewähren: a) entweder die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns neben freier ärztlicher Behandlung und zwei Dritteln der Arzneikosten, b) oder zwei Drittel des ortsüblichen Tagelohns.

Titel IV handelt von den Pflichten der Arbeitgeber. Die Arbeitgeber haben jeden Versicherungspflichtigen, welchem sie Beschäftigung geben, spätestens am dritten Tage nach Beginn der Beschäftigung anzumelden und spätestens am dritten Tage nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wieder abzumelden; sie müssen ferner die Versicherungs- und Krankenkassenbeiträge wöchentlich pränumerando für die oben Bezeichneten einzahlen.

Der V. Titel handelt von der Organisation und Verwaltung der Gemeinde- und Fabrik-Krankenkassen, der VI. Titel von der Aufsicht der Kassen, der VII. Titel von dem Verhältnis der Krankenkassen zur Krankenversicherung, der VIII. Titel enthält die Uebergangsbestimmungen.

An leitender Stelle bringt heute die „Nordd. Allg. Ztg.“ den folgenden bemerkenswerten Artikel:

„Raum haben unsere an dem deutschen Export nach Rußland beteiligten Industriellen und Kaufleute Zeit gehabt, sich in die neuen Verhältnisse einzufinden, welche durch die wiederholten erheblichen Steigerungen des russischen Zolltarifs herbeigeführt worden sind, so droht ihnen schon wieder neue Beunruhigung von der nämlichen Seite. Wie uns mitgeteilt wird, soll man im Petersburger Zolldepartement abermals mit bedeutenden Zollerhöhungen umgehen, vor Allem für Chemikalien, Farben, Farbwaren, rohe Häute, Metallwaren aus Messing u., Leinen- und Jutewaren. Ja-

gleich sollen alle bisher zollfrei gewesenen Artikel einem Zolle unterworfen werden. Sind es auch augenblicklich nur erst Gerüchte, mit denen wir es hierbei zu thun haben, so scheinen uns dieselben nach den Erfahrungen der letzten Jahre doch immerhin sehr beachtenswert; denn auch in den früheren Fällen russischer Tarifserhöhungen drangen nur mehr oder weniger beglaubigte Gerüchte darüber zu uns, bis plötzlich zur Ueberraschung der diesseitigen Beteiligten die Thatsachen ihnen schnell und ohne schonende Fristgewährung folgten.

„Indem wir daher unserer publizistischen Pflicht gemäß die interessierten Kreise auf diese Gerüchte zeitig aufmerksam machen, wollen wir uns damit nicht schon von der Hoffnung lossagen, daß die Gerüchte diesmal doch vielleicht nur Gerüchte bleiben. Sollten sie sich aber bewahrheiten, so würde unserer Meinung nach die Frage der Repressalien endlich doch einmal ernstlich ins Auge gefaßt werden müssen. Zwar wird Niemandem einfallen, das Recht der russischen Regierung zu fortwährenden Aenderungen und Erhöhungen des russischen Zolltarifs irgend in Zweifel zu ziehen, aber man wird sich doch fragen dürfen, ob der Gebrauch, den die russische Regierung von diesem Rechte macht, nicht ein derartiger sei, daß der ruhige Nachbar davon gar zu oft und gar zu sehr beeinträchtigt wird.

„Mögen die freundschaftlichen politischen Beziehungen zu dem großen Nachbarreiche auch eine ausreichende Erklärung dafür geben, daß wir auf wirtschaftlichem Gebiete nicht bisher schon Abwehr oder Vergeltung solcher immer wiederkehrenden Störungen gesucht haben, so kann doch die Unterordnung der wirtschaftlichen Rücksichten unter die politischen nicht dauernd und nicht immer bloß von unserer Seite geübt werden. Vielmehr würde auch unsererseits — unbeschadet des Wunsches und der Hoffnung auf fernere Erhaltung und Befestigung des besten politischen Einvernehmens mit Rußland — endlich dazu übergegangen werden müssen, der russischen Ausfuhr nach Deutschland das zu vergelten, was unserer Ausfuhr nach Rußland in immer neuen Aenderungen und Beunruhigungen zu Theil wird. Wenn diese unseres Dafürhaltens notwendige Folge die russischen Finanzbehörden erwägen und berücksichtigen möchten, so würde es freilich für beide Theile wohl besser sein.“

Der Ernst der Ankündigung von Maßregeln, welche sich als Repressalien gegen geplante russische Zollerhöhungen einführen, wird allerdings gemildert durch den Ausdruck der Hoffnung auf fernere Erhaltung und Befestigung des besten politischen Einvernehmens mit Rußland. Wie von russischer Seite verbreitet wird, würde das demnächst zu veröffentliche Budget des russischen Reiches günstige Aussichten eröffnen. Um so mehr muß es zu denken geben, daß gerade in den jetzigen Verhältnissen Rußland eine solche zollpolitische Verschärfung eintreten lassen will.

Die Anerkennung des von dem serbischen Fürsten angenommenen Königtums durch Deutschland steht unzweifelhaft bevor; ebenso scheint die russische Anerkennung gesichert; die österreichischen offiziellen Organe haben sich schon beeilt, die Rangerhöhung Serbiens sympathisch zu begrüßen. Diplomatische Schwierigkeiten stehen daher dem Eintreten Serbiens unter die Königreiche nicht entgegen.

Wie aus London von heute telegraphisch gemeldet wird, steht die „Times“ die Umwandlung Serbiens in ein Königreich als ein Ereignis von großer politischer Wichtigkeit an, Desterreich habe sich, indem es dem Fürsten Milan den Anspruch auf den Königtitel gewährt, die wohlwollende Neutralität Serbiens gesichert und damit die Gefahr einer Beteiligung der Serben an dem Aufstande der Slaven in der Herzegowina wirksam abgewendet.

Herr Nesnametz (Sjuworin) erzählt in seinem Blatte, der „Nowoje Wremja“, wie er in St. Petersburg, der Stadt des russischen Westens, der Stadt der ewigen Gerüchte müde nach Moskau gereist sei, um in der Stadt des russischen Ostens, der Stadt der Ruhe, in der russischen Philosophie eine Stätte zu haben, sich zu erheben. Herr Nesnametz trifft in seinem Rupee einen angesehenen Moskowiten, der beide Resbenzen gleich gut kennt, und läßt sich mit ihm in eine Unterhaltung ein. Nachdem der Moskowite zuerst weiblich seinem Unwillen über St. Petersburg und die St. Peters-

burger Luft gemacht, lenkt er das Gespräch auf das Gebiet der Politik und spricht von einem Bündniß Rußlands mit „Germanien“. Auf die erstaunte Frage des Herrn Nesnametz: „Was, Sie sind für ein Bündniß mit dem Deutschen (Nemez)?“ antwortete der Moskowite:

„Nicht mit dem Deutschen (Nemez), sondern mit „Germanien“. Das ist nicht ganz ein und dasselbe. Nemez ist einfach die Uebersetzung des alten Wortes Dschurman (Alles, was Rußlands Feind war: Türken, Tataren u. s. w.) ins Moderne. Alles, was dem Rußen am Ausländer antipathisch ist, alles das Fremdländische, mit dem der Ruße sich nicht befreunden kann oder will, alles das Fremdländische, das mit dem Rußen konkurriert oder ihn exploitiert — alles dieses ist im Nemez enthalten, alles dieses umfaßt das eine Wort Nemez seit der Zeit Peters des Großen. Der „Dschurman“ verschwand aus dem Gebrauch und an seine Stelle trat der „Nemez“. Germanien bedeutet nicht ganz dasselbe und mit Deutschland sollen wir nicht nur in Frieden, sondern auch im Bündniß leben. Verstehen Sie mich wohl recht: Mit Germanien und mit den Germanen! Was sollen wir denn mit Germanien theilen? Wir haben nichts, was wir theilen könnten. Selbst die Ostseeprovinzen werden sich nicht gerne Germanien anschließen, geschweige denn die Polen. Da wir nichts zu theilen haben, so haben wir auch keinen Grund zu einem Kriege.“

„Aber der „Drang nach Osten?“ „Glauben Sie mir, leere Phrasen! Wenn Germanien siegte, so wäre das wohl der letzte Sieg, so viele Anstrengungen würde der Sieg kosten. Siegen wir, so würden wir nichts gewonnen haben, denn wir haben nichts im Westen zu suchen und müßten das, was wir im Westen eroberten, früher oder später wieder herausgeben. Es wäre nichts als reines Blutvergießen. Ich behaupte nicht, daß wir Hergensfreunde Germaniens sein können. Wir können aber unser Nachbarreich achten und von demselben dieselbe Achtung verlangen. Wir sind gleich stark. Wenn aber zwei gleich starke Staaten sich bekämpfen, so heißt das nur unnütz die Kräfte vergeuden und den schadenfrohen Nachbarn Gelegenheit geben, aus dem Streit Vortheile zu ziehen. Leute, die gleich stark sind, haben um sich Personen zu gruppieren, die weniger stark sind, nicht aber sich zu bekämpfen. Das ist meine Meinung.“ Zum Schluß erklärte der Moskowite noch, daß er unter dem Ausdruck „Germanen“ in erster Linie den Protestanten verstehe.

— Graf Haffelldt hat eine auf drei Wochen berechnete Urlaubsreise angetreten, um sich von den Folgen eines typhösen Anfalles zu erholen. Seine Vertretung wird der Unterstaatssekretär Dr. Busch übernehmen. Graf Haffelldt wird sich zunächst nach Wiesbaden und dann nach Italien begeben. Hieran knüpft sich alsbald das Gerücht, Graf Haffelldt solle Herrn von Schöller in dessen Verhandlungen zur Seite treten; dieses Gerücht wird uns als geradezu widersinnig bezeichnet. Daß Herr von Schöller in seiner Mission nicht weiter kommt, wird auch hier nicht mehr bestritten.

— Die Agrarkommission setzte die Berathung über die Hundesteuer vorläufig fort. Der § 3 bestimmt, daß die Hundsteuer als Kreissteuer von den Kreisen erhoben wird; § 4 bestimmt, daß mit der Einführung der Hundsteuer als Kreissteuer dieselbe in den zu dem Kreise gehörigen Gemeinden als Gemeindesteuer in Wegfall kommt. Die Kommission lehnte die Anträge, eine obligatorische Kreissteuer auf 3 bis 6 Mark zu normieren und allgemein mit Ausnahme der Gutsbezirke die Befugnis zu geben, neben der Kreissteuer eine Kommunalsteuer bis zur Gesamthöhe von 20 Mark zu erheben, ab. Die Kommission beschloß auf Antrag des Abg. v. Holz, daß denjenigen Städten, welche die Hundsteuer eingeführt haben und den Städten, welche bis zu dem gesetzlich bestimmten Termin dieselbe eingeführt haben würden, die Hundsteuer als Kommunalsteuer zu belassen. Der Kreis soll nur befugt sein, in den übrigen Gemeinden Hundsteuer nach Maßgabe dieses Gesetzes zu erheben, die Beträge jedoch zum Nutzen dieser Gemeinden zu verwenden. Die Kommissare der Regierung hatten sich gegen den Antrag erklärt. § 5, wonach die für Hund von Militärs bezahlte Steuer für militärische Wohlfahrtszwecke an die Militärbehörden abzuführen ist, wurde angenommen.

Ausland.

Paris, 4. März. Gambetta versichert heute abermals in der „Republique française“, daß er durchaus kein systematischer Gegner des Ministeriums sei und daß er es ebenso wenig auf baldige Auflösung der Kammer abgesehen habe, da letztere, wenn sie nach dem neuen System gewählt sei, sich von der alten doch nicht unterscheiden würde. Was Frankreich brauche, das sei die Listenwahl, und nur auf diese gingen seine Bestrebungen hin. Es mag in dieser Behauptung eine gewisse Wahrheit liegen, wenigstens lassen sich auch so die beständigen Versuche, die Kammer vor dem Lande zu diskreditieren, erklären. Wenn das Land durch die publizistische Thätigkeit der gambettistischen Organe erst zur Ueberzeugung gebracht sein wird, daß es mit der Arrondissementwahl nur Ignoranten und eigennützige Politiker in die Kammer geschickt habe, dann, so hofft man in gambettistischen Kreisen, wird sich sein Unwillen so stark äußern, daß es durch moralischen Druck die Deputierten zur Annahme der Listenwahl zwingen wird. Es ist nun allerdings bei dem fortwährenden Wechsel des politischen Schwerkamms in Frankreich nicht anzunehmen, daß Freycinet mit seinen Kollegen ewig oder auch nur Jahre lang am Ruder bleiben wird, ob aber dann Gambetta zur Nachfolge berufen wird, scheint heute noch sehr zweifelhaft, noch zweifelhafter, ob die jetzige Kammer jemals die Listenwahl annehmen wird. Gambetta hat sich alle andern Parteien entfremdet und kann höchstens noch auf die Union republicaine rechnen. Man sollte meinen, daß die radikale Linke eher zu dem viel radikalere Gambetta als zu Freycinet neigen sollte, aber gerade das Gegentheil ist der Fall. Die Gambettisten verhehlen ihren Unwillen darüber auch gar nicht und werfen Freycinet vor, daß er den Intransigenten in übertriebener Weise entgegenkomme und auf ihre Wünsche aus Furcht zu viel Gewicht lege.

In Wirklichkeit ist es ihnen sehr unangenehm, daß sich zwischen Clemenceau und Freycinet ein ganz annehmbarer modus vivendi herausgebildet hat. Das Geheiß über die Ausweisung von Ausländern erfüllt einen alten Wunsch der Radikalen, die sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß sie unter Gambetta noch lange auf diese Errungenschaften hätten warten müssen. Die fortwährenden Nörgeleien der gambettistischen Presse aber finden im Lande nur wenig Anklang, und der wegwerfende verächtliche Ton, in welchem „Rep. fr.“ und „Voltaire“ von den Deputierten sprechen, erbittert diese täglich mehr. (N.-Z.)

Konstantinopel, 28. Februar. Die seit einer Woche hier umlaufenden Gerüchte von der Aufstellung einer osmanischen Armee von 200,000 und einer Mobilisirung von 150,000 Mann melde ich Ihnen einzig, um sie als vollständig unbegründet zu bezeichnen. Weder den Rodomontaden Slobodan, noch den Rednergüssen des russischen Generalkonsuls und politischen Agenten Hittrows in Sofia wird hier eine große Bedeutung beigemessen; nur eine retrospektive Betrachtung knüpft man daran; man schließt, was geworden wäre, wenn Gambetta sich noch in Frankreich am Ruder befunden hätte.

Ueber die augenblicklich in Yemen herrschenden Zustände weiß man auch heute hier noch wenig mehr wie zur Zeit, da ich Ihnen zuerst darüber schrieb. England scheint beabsichtigt zu haben, durch Umrufen, die es um Sana her erregte, eine Division gegen etwaige Absichten der Pforte, Egypten zu besetzen, zu machen. Ob, nachdem diese letztere Eventualität heute entschieden in den Hintergrund getreten ist, die britischen Intriguen in Yemen noch fortbauern, weiß ich nicht. Dieselben scheinen indeß der Pforte zu Beunruhigungen Anlaß gegeben zu haben, wie an und für sich aus den nach vorhin gemachten Truppensendungen sich ergibt. Es heißt, England habe, namentlich durch Unterstützung mit Geld, einen muslimänischen, aus Indien stammenden oberen Geislichen, den Scherif Nedjeddin von Bombay, dazu veranlaßt, sich unter der Beduinen-Bevölkerung einen zahlreichen Anhang zu verschaffen, und seien es diese Reiterjorden, welche jüngst zu mehreren Malen die Verbindung von Sana mit dem Hafen Gediha aufgehoben oder bedroht hätten. Diese Bewegung, so habe man hier gefürchtet, könne für die Autorität nicht nur des Sultans in den betreffenden Gegenden, sondern selbst für seinen arabischen Besitz, namentlich für den der heiligen Stätten gefährlich werden — und eben deshalb habe man es für angezeigt erachtet, energisch

zu verfahren und ohne allen Aufschub eine dem Bedarf entsprechende Truppenzahl von hier aus nach Jemen zu entsenden.

Ueber den Stand der Dinge in Egypten ist die hiesige Presse sehr schweigsam. Als Hauptakteur auf der dortigen Szene, der in den europäischen Blättern vielfach genannte Arabi Bey, wird hier unter dem Namen Achmed Bey Arabi (Achmed Bey der Araber) und ganz neuerdings Achmed Pascha Arabi aufgeführt. Im Hinblick auf Egypten hat die Türkei augenscheinlich ein fernab gelegenes Interesse und ein ihr näher gestelltes im Auge, das erstere betrifft die eventuelle Wiederherstellung der direkten Obergewalt des Sultans über die Palästinale, was als absolut ausgeschlossen betrachtet werden muß. Dagegen hätte der Eintritt Englands und Frankreichs von der Einnischung in die ägyptischen Angelegenheiten und ihrer Leitung der näher gelegenen Eventualität die hohe Bedeutung für die Pforte, daß damit der Gefahr vorgebeugt werden würde: es könne das dortige Regime in irgend einem dafür sich bietenden Augenblick auf ihre unmittelbaren Besitzungen angewendet und dieselben, weint nicht der Kontrolle von zwei, so doch von sechs Mächten unterstellt werden. (N.-Z.)

Provinzielles.

Stettin, 8. März. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten theilte zunächst der Vorsitzende, Herr Dr. Wolff mit, daß eine Petition einiger Hausbesitzer eingegangen sei, welche um Ermäßigung des Kommunalzuschlags zur Gebäudesteuer ersuchen. Dieselbe ist der Finanz-Kommission als Material zur Vorberathung des Etats überwiesen. — Ein weiteres Schreiben ist wiederum von Herrn Bauunternehmer Segebart, betreffend die Verhandlungen zwischen ihm und dem Magistrat wegen Ueberlassung eines Terrain-Streifens auf der Mühlenbergstraße, eingegangen. Dasselbe wird dem Magistrat zur Rücküberlegung übergeben. — Demnächst wird in die Tagesordnung eingetragen. Die Berathung der Vorlage betreffend die Reorganisation der Magistrats-Mitglieder-Wittwen-Kasse nimmt 2 1/2 Stunden in Anspruch. Ueber dieselbe referierte Herr Coßan. Bekanntlich existirt bereits eine Wittwenkasse für die Magistrats-Mitglieder, dieselbe hatte am 1. Januar d. J. ein Vermögen von 50,182 Mark, im vorigen Jahre wurden aus derselben 2 Wittwen mit je 808 Mk., in diesem Jahre drei Wittwen mit je 606 Mk. unterstützt. Diese Pension ist nicht als ausreichend zu erachten mit Rücksicht auf die aufopfernde Thätigkeit, welche die Magistrats-Mitglieder für die Stadt entsalten und mußte anderweitige Hilfe geschaffen werden. In der Sitzung vom 24. November v. J. erklärte sich in Folge dessen die Versammlung im Prinzip damit einverstanden, daß für die Magistrats-Mitglieder eine neue Wittwen-Kasse begründet werde und erwartete vom Magistrat weitere Vorschläge. Dieselben liegen jetzt vor. Wir wollen es unterlassen, auf die sehr umfangreichen Debatten darüber näher einzugehen und beschränken uns auf einen kurzen Bericht. Gleich bei Beginn der Debatte sprach sich Herr Graßmann prinzipiell gegen Errichtung der Wittwen-Kasse aus, da er es nicht für zweckmäßig hält, daß für die 8 besoldeten Magistrats-Mitglieder eine besondere Kasse errichtet und zu derselben aus öffentlichen Mitteln Zuschüsse genommen würden, also die Steuerzahler ihren Beitrag geben müßten. Sollte für die Lehrer, sowie für alle städtischen Beamten eine gemeinsame Wittwen-Kasse begründet werden, so würde er derselben mit Freuden zustimmen, aber würde eine Kasse für nur 8 Mitglieder geschaffen, so setze man sich der Gefahr aus, daß schließlich jede andere Kategorie von städtischen Beamten mit gleichem Rechte die Errichtung einer eigenen Wittwenkasse wünsche.

Mit Rücksicht auf diese Einwendung schlug der Vorsitzende vor, zunächst eine Abstimmung über die prinzipielle Frage, ob überhaupt eine derartige Kasse errichtet werden soll, vorzunehmen. Herr Dr. Amelung plaidierte für Errichtung der Kasse, da er glaubt, daß die von Herrn Graßmann angeführten Bedenken nicht zutreffen. Die Versammlung habe für die Magistrats-Beamten dadurch gesorgt, daß sie das Leben derselben mit Zuschüssen aus städtischen Mitteln versichert habe. Die Lehrer hätten ihre besonderen Einrichtungen, auch sei es noch nicht entschieden, ob sie nicht dem Pensions Gesetz angegeschlossen würden, welches z. B. dem Landtage vorliegt. Wenn dies nicht der Fall, so würde die Stadt auch noch Mittel und Wege finden, für die Lehrer zu sorgen.

Nachdem zu dieser Frage die Herren Oberbürgermeister Haken, Dr. Amelung, Graßmann und Sauter wiederholt das Wort ergriffen, wird die Errichtung einer neuen Wittwenkasse beschlossen.

Der demnächst angenommene Entwurf des Statuts basirt besonders auf folgenden Punkten: Neben der schon bestehenden Kasse wird eine neue eingerichtet und von einer städtischen Deputation verwaltet. Die besoldeten Magistrats-Mitglieder, auch die unverheiratheten, sind verpflichtet, derselben beizutreten. Die Stadt gewährt vom 1. April d. Js. ab einen jährlichen Zuschuß von 2000 Mark auf 12 Jahre. Die Mitglieder zahlen einen jährlichen Beitrag von 65 Mk., die Wittwen erhalten in jedem Jahre als Pension den vierten Theil von den Zinsen, welche im vorangegangenen Jahre von den dauernd angelegten Kapitalien erhoben sind. Sobald das Vermögen der alten und der neuen Kasse zusammen 90,000 Mk. beträgt, werden sie zu einer gemeinschaftlichen Kasse vereinigt. Die Organisation dieser Kasse bleibt der städtischen Behörde mit verschiedenen Beschränkungen überlassen, u. A. sind sämtliche besoldete Magistrats-Mitglieder verpflichtet, der Kasse beizutreten und 80 Mark

Jahresbeitrag zu zahlen. Die Wittwen der Magistrats-Mitglieder, welche nur der alten Kasse angehörten, erhalten die festgesetzte Maximalpension von 900 Mk. Die Pension der übrigen Wittwen wird für jedes Jahr im Voraus festgesetzt. Entscheidend ist hierüber einerseits der Kapitalbestand, welcher am 1. April des betreffenden Jahres zu erwarten ist, andererseits die Zahl der vorhandenen Wittwen am 1. Dezember des vorangegangenen Jahres. Die Pension soll nämlich bei dem niedrigen Kapitalbestande von 90,000 Mk. mit 1200 Mk. beginnen und sich stufenweise bei jeder Vermehrung des Kapitals um je 10,000 Mk. um 100 Mark bis zu einem Maximum von 2000 Mk. erhöhen. Bei einem Kapitalbestande von mindestens 180,000 Mark können die städtischen Behörden beschließen, die Beiträge zu ermäßigen oder auf Zeit zu beschränken oder ganz zu erlassen. Die Ueberschüsse, welche nicht zu Wittwen-Pensionen und zur Erhaltung des Kapitalbestandes von 180,000 Mk. erforderlich sind, sind zu einem zweiten Fonds anzusammeln, dessen Zinsen nach bestimmten Grundsätzen zu Unterstützungen für die Kinder der besoldeten Magistrats-Mitglieder verwandt werden.

Eine sehr lebhaft debattirte Entschlossenheit besonders darüber, ob nicht schon Unterstützungen an die hinterbliebenen Kinder der Mitglieder gezahlt werden könnten, ehe ein Kapitalbestand von 180,000 Mark erzielt ist. Doch wurden drei in dieser Beziehung von den Herren Dr. Amelung, Dörmke und Dr. Wegener gestellte Anträge abgelehnt.

Die Vorlage wurde schließlich mit der Vorausestimmung angenommen, daß das von dem Magistrat entworfene Statut der Versammlung zur Genehmigung vorgelegt werde.

In der 21. und 22., sowie in der 24. Armen-Kommission ist die Zahl der Almosen-Empfänger so erhöht, daß eine Theilung dieser Kommission und die Neubildung einer 27. und 28. Armen-Kommission nöthig ist. Dieselbe wird genehmigt und zum Vorsitzenden der 27. Kommission Herr Hauptlehrer Bagel, Turnerstr. 12, zum Vorsitzenden der 28. Kommission Herr Rentier Michaelis, Grenzstr. 19, gewählt. — Zum Vorschreiber für den 11. (bisherigen 5.) Stadtbezirk wird Herr Rentier Kellner, Kohlmarkt 16—17, gewählt.

Zu dem Verkaufe der 1938,66 Qm. großen Baustelle an der Ecke der Deutschen- und Scharnhorststraße für 10 Mk. 70 Pf. je Qm. an den Zimmermeister A. Heider wird der Zuschlag erteilt, ebenso zu der Vermietung der Läden Nr. 9 und 10 im Budenhaus vom 1. April d. J. ab auf 5 Jahre an den Kaufmann Hensdorf für 1600 Mark jährliche Miete und zu der Verlängerung des Vertrages über die Verpachtung der Baustellen Nr. 12—14 von Perihof auf 3 Jahre für die bisherige Pacht von 56 Mk. pr. Jahr.

Zur Verlegung eines Gasleitungsgroßes in der Alleestraße werden 5200 Mk. bewilligt, und für den Bau des Gewächshauses in den Anlagen 500 Mk., an Reise- und Fuhrkosten der Deputation 400 Mk. und an Kosten für die Untersuchung der Lebensmittel 600 Mark nachbewilligt.

Das Grundstück Pommerensdorferstr. 25 ist von der Stadt an Herrn Kaufmann Dillger und von diesem an die Herren Kaiser u. Zepf vermietet. Nach einem Gutachten des Kreisphysikus Dr. Göben ist das auf dem Grundstück stehende Gebäude jedoch so feucht, daß das Bewohnen desselben der Gesundheit schädlich und haben deshalb die Mieter um Aufhebung des Mietesvertrages gebeten. Die Aufhebung wird genehmigt.

Die Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Fiskus wegen Herstellung der Straßensprengung des Fourage-Magazins unterhalb des Rathhauses sind jetzt endlich zu einem Abschluß gebracht. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Herstellung seitens der Stadt auf Kosten des Militär-Fiskus erfolge und die fernere Unterhaltung die Stadt übernimmt, jedoch mit der Maßgabe, daß die ganzen Pflasterkosten vom Militär-Fiskus getragen werden, auch wenn dieselben von diesem ausgelegte Summe von 2270 Mark übersteigen.

Die übrigen noch auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände werden mit Rücksicht auf die späte Stunde (9 Uhr) abgelehnt.

Das Komitee der deutschen Flotte, welches sich hier bekanntlich im Jahre 1848 konstituirte, um für Erbauung eines deutschen Kriegsschiffes Geldbeiträge zu sammeln, besitzt, wie die „N. St. Ztg.“ meldet, aus den damals eingegangenen Geldern noch einen Restbestand, der zu gemeinnützigen Zwecken verwandt wird. Dasselbe hat nun dem „Stettiner Lloyd“ durch Herrn Stadtrath Becker die Summe von 500 Mark zur Vertheilung an die Mannschaft u. der „Kette“ überreichen lassen. Herr Kapitän Weiß hat übrigens, wie wir hören, zu Gunsten seiner Mannschaft auf jegliche Geldspende verzichtet.

Die Frühjahr-Prüfungen in den städtischen Volks-, Bürger- und Mittelschulen sind wie folgt festgesetzt: Donnerstag, 16. März, Grünhof, Mädchenschule. Freitag, 17. März, Lukaschule. Sonnabend, 18. März, Johannis-Hofschule. Montag, 20. März, Westend-Schule. Dienstag, 21. März, Neu-Bornes-Schule. Donnerstag, 23. März, Oberwieschule. Freitag, 24. März, Pommerensdorfer-Anlage-Schule. Sonnabend, 25. März, Knabenschule auf der Galtwiese. Montag, 27. März, Knabenschule am Rosengarten, katholische Schule. Dienstag, 28. März, städtische Mädchenschule. Die Prüfungen beginnen in allen Schulen Vormittags, um 9 Uhr, nur in der katholischen Schule Nachmittags um 2 Uhr.

(„Bismarck“ als Taufname.) Vor Kurzem hat die Familie des Sängers Albert Niemann eine Vermehrung durch einen Knaben, den zweiten seines Geschlechtes, gefunden. Mit der Meldung dieses Zuwachses seiner Familie beim Standesamt beauftragte der Künstler die Hebamme, und zwar wurde dieser die Weisung, die Vornamen für den neugeborenen Weltbürger anzumelden, mit etwa folgenden Worten gegeben: „Gottfried soll der Kleine zur Erinnerung an meinen Vater, Richard zu Ehren Richard Wagners und endlich nach Bismarck Otto heißen.“ Die „weisse Frau“ merkte sich diesen Auftrag so gut, daß sie beim Standesbeamten für den kleinen Staatsbürger die Namen Gottfried, Richard, Bismarck, Otto anmeldete. Sie hatte nämlich die oben zitierten Worte so verstanden, und daher führt der jüngste Sohn des Künstlers in Folge dieses Irrthums die Namen Gottfried Richard Bismarck Otto Niemann. — So erzählt wenigstens das „W. Frdbll.“

Eine seltene Feier beging am Montag die Pianoforte-Fabrik von E. Wille hier selbst. Der Klavierbauer Aug. Heine feierte seinen 60. Geburtstag und gleichzeitig sein 40jähriges Jubiläum als Mitarbeiter obiger Firma. Der Chef der Fabrik, Herr Ernst Wille drückte in einer herzlichen Ansprache dem Jubilar den Dank für die treue Mitarbeiterschaft aus und hielt die ausgezeichneten fachlichen Leistungen desselben den übrigen Arbeitern der Fabrik als leuchtendes Beispiel vor. Nach Ueberreichung eines Ehrengeschenkes vereinigten sich die Angestellten der Fabrik zu einer gemeinsamen Feier, welche erst in später Stunde ihr Ende fand.

Während der Sommermonate besteht in Kredow eine Postagentur als Zweigstelle des Postamts zu Neu-Bornes; vom 19. Juni bis 27. Oktober v. J. wurde diese Agentur von dem Postpraktikanten Franz Martke aus Demmin verwaltet. Am 27. Oktober wurde die Agentur aufgelöst und stellte sich bei Revision der Kasse ein Manko von 700 Mark 35 Pf. heraus. Martke bedeckte dies Manko und gestand auch dem mit Führung der Untersuchung betrauten Postkassierer ein, daß er das Geld unterschlagen und zur Deckung von Schulden verwendet habe. Der in Folge dessen eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung entzog sich M. durch die Flucht, stellte sich jedoch in Wien selbst den Behörden. In der gestrigen Sitzung der Strafkammer des Landgerichts hatte sich derselbe deshalb wegen Unterschlagung amtlich anvertrauter Gelder zu verantworten. Bei seiner Vernehmung zog er sein früheres Geständnis zurück und machte die unglaubliche Ausrede, ein ihm unbekannter Herr, dem er einst in Greifswald 30 Mark geliehen habe, sei zu ihm gekommen und habe ihm aus Dankbarkeit 500 Mark „zum Anbieten“ geschenkt. Da M. jedoch einsehen mochte, daß die Romanze von diesem unbekannten Wohlthäter bei dem Gerichtshof keinen Glauben fand, zog er es vor, schließlich noch ein offenes Geständnis abzulegen, indem er zugab, daß er das Geld unterschlagen habe. Der Gerichtshof erkannte hierauf auf 1 Jahr Gefängnis.

Den Knecht Alb. Fr. Wils. Rünzel aus Rensin trifft eine 9monatliche Gefängnisstrafe, weil er am 21. August dem Knecht Hermann Dittmann auf der Dorfstraße zu Nemitz eine nach Ansicht des Arztes lebensgefährliche Verletzung mittelst eines gefährlichen Werkzeugs beigebracht hat.

Kunst und Literatur.

Theater für heute Stadttheater: „Carmen.“ Oper 4 Akten.

Das hier längst abgethane Lustspiel von Moser-Schönthan „Unsere Frauen“ hat auch in Berlin keine großen Sympathien zu erwecken vermocht. Interessant ist aus einer Besprechung des Stückes im „Kleinen Journal“ die nachfolgende Stelle:

„Einen ganz besonderen Erfolg erzielte ein Gast des Theaters, der wohl vordem noch niemals die Bühne betreten haben dürfte und der sonst nur gewohnt ist, Schauspieler bei sich als Gäste zu sehen — Herr Dressel. Der erste Akt spielt nämlich in einem vornehmen Restaurant oder, wie es in dem Stücke selbst heißt, „bei Dressel“. Herr Dressel, der nun durchaus nichts gegen die Anwendung seines Namens in pikanten Romanen und Theaterstücken einzuwenden zu haben scheint, wollte offenbar nicht zugeben, daß sein Name durch die Repräsentation eines ungeschlachteten Statisten verunstaltet werde und erschien in eigener Person. Der Beifall, den er bei diesem seinen ersten theatralischen Versuch fand, dürfte ihn veranlassen, seine Rolle auch an den künftigen Abenden weiter zu spielen. Für die dramatische Kunst aber ist durch diese Methode, Personen handelnd aufzuführen, gewiß eine neue Epoche angebrochen.“

Dasselbe Blatt richtet nun an Dressel die folgenden Epigramme:

An Dressel.

Von Bühnenrollen sollst Du
In Zukunft Dich nicht losen lassen,
Und nur — denn dieses kommt Dir zu —
Mit Kafferoilen Dich besaffen.

An Ebenhedenben.

Zum Mimen ward' nun schon der Koch.
Vortrefflich! — Nun, so darf sich doch
Kein Dichter wundern, wenn wir sagen:
Wir haben längst sein Stück im Magen;

Vermischtes.

(Sport.) Der Norddeutsche Regatta-Verein beabsichtigt Anfang Juli eine Segelregatta in Kiel abzuhalten. Es werden 2 Klassen von Lustfahrzeugen gebildet werden, die 1.

Klasse von Fahrzeugen über 18 Kubikmeter Größe, die 2. Klasse von gedeckten Fahrzeugen unter 18 Kubikmeter Größe. Die Größenunterschiede der verschiedenen Fahrzeuge werden durch Zeitvergütung ausgeglichen. Die zu durchsegelnde Strecke ist für die 1. Klasse von der Seebadeanstalt um die Bülker Signalboje und zurück, ca. 15 Seemeilen, für die 2. Klasse von der Seebadeanstalt um Boje 4 bei Laboe und zurück, ca. 10 Seemeilen. Der Norddeutsche Regatta-Verein wird für seine Mitglieder einen Dampfer stellen, welcher die Regatta begleitet und hat auch das sonstige Publikum gegen Erlds von Karten Zutritt zu diesem Dampfer, auf welchem nach beendeter Regatta die Preisvertheilung stattfindet. Man hofft auf eine rege Theilnahme auch vom Auslande.

(Auch eine Königswahl.) Als ums Jahr 755 Polen ohne Regenten war, wählten die Magnaten den Goldschmied Premislaus, weil er so listig war, aus Baumrinden eine Menge Sturmhauben und Schilde zu fertigen und an Sträuchern zu befestigen, daß die ungarischen Feinde diese Vogelscheuchen als Krieger ansahen und flüchteten. Dieser pfiffige Goldschmied nannte sich als Herzog Rescus I. Nach seinem Tode ließen die Boiwoden die Kronkandidaten um die Wette reiten und wer am schnellsten ritt, wurde Herzog. Ein wettreitender Rescus, welcher seinem Mitbewerber Fußangeln gelegt hatte, wurde in Stücke gehauen, der Unterlegende aber gewählt. Er fiel 805 in einer Schlacht gegen Karl den Großen.

(Vorurtheil gegen Neger.) Ein New Yorker Blatt bringt folgenden Dialog, der dort kürzlich zwischen einem Kirchenvorsteher und einem Mitglied der betreffenden Kirchengemeinde stattfand: „Bruder Smith, was bedeutet das?“ — „Was denn?“ — „Daß Sie einen Neger in diese Kirche mitbringen.“ — „Nun, er will beten.“ — „Ist das ein Grund, daß Sie damit die ganze Versammlung injultiren?“ — „Aber er ist intelligent und wohlgezogen.“ — „Wen kümmert das? Er ist ein Neger.“ — „Aber er ist mein Freund.“ — „Entschuldigt gar nichts.“ — „Er ist ein Christ und gehört zu unserer Sekte.“ — „Dann soll er in die Negerkirche gehen.“ — „Er ist fünf Millionen Dollars werth.“ — „Wie viel?“ — „Fünf Millionen.“ — „Ah, besser Bruder Smith, ich bitte Sie, mich ihm freundlichst vorzustellen.“

Telegraphische Depeschen.

Petersburg, 7. März. Das „Journal de St. Petersburg“ kommt nochmals auf die Angelegenheit des Konjules Hitrov in Sofia zurück und erklärt, daß die demselben von Zeitungskorrespondenten zugeschriebenen Äußerungen dem diplomatischen Korps gegenüber vollständig erfunden seien. Gleichzeitig bezeichnet das genannte Journal die von mehreren Blättern gebrachten Anekdoten über eine Unterhaltung des Botschafters Saburov mit dem Fürsten Bismarck über verschiedene Persönlichkeiten als reine Erfindung.

Belgrad, 6. März. Das heute Abend ausgegebene Regierungsblatt veröffentlicht eine A. Namination des Fürsten, in welcher die von der Stupschinnia beschlossene Erhebung Serbiens zum Königreich sanktionirt und bekannt gemacht wird, daß der Fürst den Namen: König Milan Obrenovics I. und der Thronfolger den Titel: Königl. Hoheit führen werden. Die Stadt ist illumirt, von der Bevölkerung wird dem Könige soeben ein Fackelzug dargebracht.

Belgrad, 6. März. Der österreichische Gesandte begab sich heute in feierlichem Aufzuge zum Könige, um demselben die Glückwünsche des Kaisers von Oesterreich darzubringen, ebenso beglückwünschte der türkische Gesandte den König. Das Militär hat dem Könige bereits den Eid der Treue geleistet.

Bukarest, 6. März. In der Deputirtenkammer verlangte die Regierung einen Kredit von vier Millionen zur Anschaffung von Material für die Armee.

London, 6. März. Im Fortgange der Sitzung trat das Unterhaus durch Aklamation der vom Oberhaus beschlossenen Adresse an die Königin bei, welche Gladstone und Northcote auf das Wärmste bekräftigten. Sodann setzte Russell die Debatte über den Antrag Gladstone's bezüglich der irischen Landabte fort.

London, 6. März. Die beiden ältesten Söhne des Prinzen von Wales sind in Kairo angekommen und werden mitwahrhaftig bis zum 26. in Egypten bleiben. Eine Zeitung in Kairo, welche als Organ der Nationalpartei gilt, meldet, daß die ägyptische Regierung mit dem Gedanken umgehe, die beiden Ausgangspunkte des Suezkanals zu befestigen, bereits sei ein Ingenieur beauftragt, in Suez den besten Platz für die Befestigungen ausfindig zu machen.

Wie aus Newyork gemeldet wird, dehnen sich die Ueberschwemmungen am unteren Mississippi über einen großen Flächenraum aus. In Arkansas sind nach oberflächlicher Schätzung 12000 Personen in Nothstand gerathen, 20,000 Kinder ertrunken.

London, 7. März. Die Berathung des Gladstone'schen Antrags bezüglich der irischen Landabte wurde schließlich auf heute vertagt.

Newyork, 6. März. Nachrichten aus Lima zufolge, welche auf dem Wege über Panama hierher gelangt sind, haben der Unionsgesandte Treacott und Balmaceda ein Protokoll vereinbart, welches der peruanischen Regierung als Basis eines Friedensvertrages unterbreitet werden soll. Zur Beibringung der Unterschrift einer peruanischen Regierung, welche Chile Vertrauen schenken könne, ist dem Gesandten eine Frist von 90 Tagen gesetzt. Ansonsten soll das Protokoll null und nichtig sein.